



Landesprogramm gegen Rechtsextremismus: „Netzwerk FÜR Demokratie und Prävention“ gegründet

Präventionsexperten schließen sich im Kampf gegen Rechtsextremismus zu einem landesweiten Netzwerk zusammen

Im Rahmen der 1. Jahrestagung des „Landesprogramms gegen Rechtsextremismus für Demokratie und Menschenrechte“ in Hannover hat sich heute das **„Netzwerk FÜR Demokratie und Prävention“** gegründet. Es handelt sich um ein neues landesweites Netzwerk aus Fachleuten der Rechtsextremismus-Prävention. Ihr Ziel ist es, gemeinsam die Ausbreitung rechtsextremen Gedankenguts und menschenfeindlichen Handelns in Niedersachsen zu bekämpfen und aktiv demokratische Werte in allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken.

„Die Gründung des landesweiten Netzwerkes ist der entschlossene Schritt zur Umsetzung des Landesprogramms - eine zukunftsfähige Form, um gemeinsam gegen den Rechtsextremismus und für die Demokratie in Niedersachsen zu kämpfen“, erklärte Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz.

Zu dem neuen landesweiten Netzwerk gehören jetzt 65 Vertreter aus staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, wie Jugendhilfe, Schule, Polizei, Sozialarbeiter, kommunalen Vereinen und Bündnissen, Feuerwehr, Sport und Wissenschaft. Sie haben sich auf der Tagung in fachlichen Arbeitskreisen organisiert und werden künftig an konkreten Projekten und Fachthemen arbeiten, um wirksame Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Die ersten acht Arbeitskreise wurden zu den Themen Kommunale Prävention, Politische Bildung, Weltoffenheit in Institutionen, Diskriminierungsfreie Arbeitswelt, Schule, Ausstiegshilfe, Elternberatung und Qualifizierung von Fachkräften gebildet. Die Landesregierung unterstützt diese Fachgruppen im Rahmen des Landesprogramms durch organisatorische Hilfen, Fördermittel und Vernetzungsangebote. Außerdem organisiert sie einen kontinuierlichen Forschungs-Praxis-Dialog, der dem neuen „Netzwerk FÜR Demokratie und Prävention“ Impulse für die praktische Arbeit geben soll. Auch die Landeszentrale für politische Bildung ist Teil des landesweiten Netzwerkes und wird Projekte im Bereich der politischen Bildung entwickeln.

„Wir sind beeindruckt, wie gut die Zusammenarbeit zwischen den Forschern und den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Fachleuten funktioniert hat“, erklärte Thomas Müller, Leiter der Koordinierungsstelle des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus. „Es war ein intensiver fachlicher Austausch auf Augenhöhe“. Insgesamt sei bei den Teilnehmern der

Nr. 30/17 / Marika Tödt Pressestelle Am Waterlooplatz 1, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-5044 Fax: (0511) 120-5181	www.mj.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mj.niedersachsen.de
---	---	---

Wille erkennbar gewesen, alle Kräfte zu mobilisieren, um gemeinsam zum Schutz der Demokratie beizutragen“, so Müller weiter. Damit sei die Idee des Landesprogramms bereits aufgegangen.

Auf einer Fachtagung hatten sich zuvor 180 Teilnehmer aus Wissenschaft und Praxis zwei Tage lang über aktuelle Probleme der Extremismusprävention ausgetauscht und in Workshops neue Ideen für die Präventionsarbeit in niedersächsischen Kommunen, Institutionen, für Familien und das soziale Umfeld entwickelt. Konkrete Handlungsempfehlungen für die Arbeit lieferte der Psychologie-Professor Andreas Beelmann vom Kompetenzzentrum Rechtsextremismus der Universität Jena. Am Ende der Tagung gründeten 65 Personen gemeinsam das „Netzwerk FÜR Demokratie und Prävention“ um die Projektarbeit auch in Zukunft fortzusetzen.

Das „Landesprogramms gegen Rechtsextremismus für Demokratie und Menschenrechte“ ist angesiedelt beim Landespräventionsrat im Niedersächsischen Justizministerium. Es ist ressortübergreifend und überparteilich angelegt und soll die Präventionsarbeit in Niedersachsen effektiver und damit wirkungsvoller machen und zu einer abgestimmten und nachhaltigen Präventionsstrategie führen.

Das „Netzwerk FÜR Demokratie und Prävention“ ist offen für alle interessierten Fachkräfte der Prävention und soll noch erweitert werden. Aus dem landesweiten Netzwerk werden auch Vertreter in einen Praxisbeirat entsendet, der die Landesregierung bei der Entwicklung von Präventionsmaßnahmen in Zukunft begleiten soll.

Koordinierungsstelle Landesprogramm

<http://lpr.niedersachsen.de/nano.cms/koordinierungsstelle-landesprogramm-gegen-rechtsextremismus>

Nr. 30/17 / Marika Tödt Pressestelle Am Waterlooplatz 1, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-5044 Fax: (0511) 120-5181	www.mj.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mj.niedersachsen.de
---	---	---